

**Verordnung  
über den geschützten  
Landschaftsbestandteil  
„Feuchtgebiet westlich von Hirschbrunn“**

Vom 10.09.1992

Auf Grund von Art. 12 Abs. 1 und 3 in Verbindung mit Art. 9 Abs. 4, Art. 26 Abs. 1, Art. 45 Abs. 1 Nr. 4 und Art. 37 Abs. 2 Nr. 3 des Bayerischen Naturschutzgesetzes –BayNatSchG- (BayRS 791-1-U), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.07.1986 (GVBl. S. 135), erlässt das Landratsamt Bamberg folgende, mit Schreiben der Regierung von Oberfranken vom 04.08.1992 Nr. 820-8632 a genehmigte Verordnung.

**§ 1  
Schutzgegenstand**

- (1) Das im Markt Burgebrach, Gemarkung Oberköst, gelegene Feuchtgebiet am westlichen Ortsrand von Hirschbrunn wird als Landschaftsbestandteil geschützt.
- (2) <sup>1</sup> Der geschützte Landschaftsbestandteil hat eine Größe von ca. 3,6 ha. <sup>2</sup> Er umfasst die nachfolgend aufgeführten Grundstücke, wobei Teilflächen mit (t) gekennzeichnet sind:  
  
Im Markt Burgebrach, Gemarkung Oberköst, Fl. Nr. 534, 535, 646, 646/1, 646/2(t) und 646/3.
- (3) Der geschützte Landschaftsbestandteil erhält die Bezeichnung „Feuchtgebiet westlich von Hirschbrunn“.
- (4) <sup>1</sup> Der geschützte Landschaftsbestandteil ist in einer Karte im Maßstab 1:5000 eingetragen. <sup>2</sup> Die Karte (Anlage) ist Bestandteil dieser Verordnung.

**§ 2  
Schutzzweck**

Zweck der Unterschutzstellung ist es,

1. ein für den Naturraum typisches und bedeutsames Feuchtgebiet zu schützen und zu erhalten,
2. das Vorkommen von seltenen und bedrohten Pflanzengesellschaften zu schützen und zu erhalten,
3. den für die Tierwelt bedeutungsvollen Lebensraum zu erhalten,
4. die durch die topographische Lage sowie Bodenentwicklung bedingte Oberflächengestalt zu bewahren und für die verschiedenen floristischen und faunistischen Lebensgemeinschaften nötige Bodenbeschaffenheit zu erhalten und
5. die besondere landschaftliche Eigenart zu erhalten.

**§ 3  
Verbote**

- (1) <sup>1</sup> Es ist verboten, den geschützten Landschaftsbestandteil (nach Art. 12 BayNatSchG) ohne Genehmigung (§ 5) des Landratsamtes Bamberg, untere Naturschutzbehörde, zu zerstören oder zu verändern, insbesondere Eingriffe vorzunehmen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Umgestaltung dieser Fläche oder ihrer Bestandteile führen können.

<sup>2</sup> Es ist deshalb vor allem verboten:

1. Bauliche Anlagen im Sinne der Bayer. Bauordnung zu errichten, zu ändern oder zu beseitigen, auch wenn dies keiner Baugenehmigung bedarf,
  2. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Ablagerungen, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen, die die Bodengestalt in sonstiger Weise zu verändern,
  3. Veränderungen des Wasserhaushalts jeglicher Art vorzunehmen, insbesondere Veränderungen des Grabens und die Anlage von Fischteichen,
  4. Straßen, Wege, Pfade, Steige oder Plätze neu anzulegen oder bestehende zu verändern,
  5. Leitungen zu errichten oder zu verlegen,
  6. die Lebensbereiche und –bedingungen der Pflanzen und Tiere zu stören oder nachhaltig zu verändern,
  7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen,
  8. eine andere, als die nach § 4 zugelassene Nutzung auszuüben,
  9. Pflanzen oder einzelne Teile sowie Knollen oder Zwiebeln abzuschneiden, abzupflücken, aus- oder abzureißen, auszugraben, zu entfernen oder zu beschädigen,
  10. Aufforstungen oder sonstige Gehölzpflanzungen vorzunehmen,
  11. freilebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten, oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen sowie Nist-, Brut-, Wohn-, oder Zufluchtsstätten wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen,
  12. Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmittel (Insektiziden, Herbizide und Fungizide einzusetzen,
  13. umzubringen,
  14. Sachen im Gelände zu lagern
  15. Bild- oder Schrifttafeln anzubringen,
  16. das Schutzgebiet mit Fahrzeugen aller Art zu befahren oder diese abzustellen und
  17. zu zelten, zu lagern oder Feuer anzumachen.
- (2) Nach Art. 26 Abs. 1 BayNatSchG ist es verboten, außerhalb hierfür zugelassener Wege zu reiten.

#### **§ 4 Ausnahmen**

Ausgenommen von den Verboten des § 3 sind folgende Tätigkeiten:

1. Die rechtmäßige Ausübung der Jagd sowie Maßnahmen des Jagdschutzes,
2. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Landschaftsbestandteiles von der unteren Naturschutzbehörde angeordneten Überwachungs-, Schutz- und Pflegemaßnahmen,
3. das Aufstellen oder Anbringen von Zeichen oder Schildern, die auf den Schutz oder die Bedeutung des Landschaftsbestandteiles hinweisen, oder das Aufstellen und Anbringen von Wegemarkierungen, Warntafeln, Ortshinweisen, Sperrzeichen oder sonstigen Absperrungen, wenn die Maßnahme auf Veranlassung oder mit Genehmigung des Landratsamtes Bamberg als untere Naturschutzbehörde erfolgt,
4. unaufschiebbare Sicherungsmaßnahmen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leben, Gesundheit oder bedeutende Sachwerte erforderlich sind,
5. die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung der bestehenden Grünlandflächen in der bisherigen Art. Auf Fl. Nr. 646/2 Gemarkung Oberköst im bisherigen Umfang; es gilt jedoch § 3 Abs. Satz 2 Nrn. 7, 12 und 13,
6. der Betrieb, die Wartung, die Unterhaltung und die Instandsetzung bestehender Energieanlagen.

## **§ 5 Genehmigung**

- (1) Die nach § 3 erforderliche Genehmigung kann erteilt werden, wenn
1. überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls die Genehmigung erfordern,
  2. die Befolgung des Verbotes zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde, und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen im Sinne des Bayerischen Naturschutzgesetzes, insbesondere mit den Zwecken des geschützten Landschaftsbestandteiles vereinbar ist, oder
  3. die Befolgung des Verbotes zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde.
- (2) <sup>1</sup> Die Genehmigung kann unter Auflagen, Bedingungen oder befristet erteilt werden. <sup>2</sup> Zur Gewährleistung der Erfüllung dieser Nebenbestimmungen kann eine angemessene Sicherheitsleistung gefordert werden.
- (3) <sup>1</sup> Zuständig für die Erteilung der Genehmigung ist das Landratsamt Bamberg als untere Naturschutzbehörde. <sup>2</sup> Im Übrigen gilt Art. 49 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 5 BayNatSchG entsprechend.

## **§ 6 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 3 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfundsiebzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig den geschützten Landschaftsbestandteil zerstört oder verändert, insbesondere einem Verbot des § 3 Abs. 1 Satz 2 dieser Verordnung über
1. die Errichtung, Änderung oder Beseitigung baulicher Anlagen,
  2. den Abbau von Bodenbestandteilen, die Vornahme von Aufschüttungen, Ablagerungen, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen oder die Veränderung der Bodengestalt,
  3. die Vornahme von Veränderungen des Wasserhaushalts,
  4. die Herstellung oder Änderung von Straßen, Wegen, Pfaden, Steigen oder Plätzen,
  5. das Errichten oder Verlegen von Leitungen,
  6. die Beeinflussung der Lebensbereiche und –bedingungen der Pflanzen und Tiere,
  7. das Einbringen von Pflanzen oder Aussetzen von Tieren,
  8. die Ausübung einer anderen als der nach § 4 zugelassenen Nutzung ,
  9. das Abschneiden, Abpflücken, Aus- oder Abreißen, Ausgraben oder Beschädigen von Pflanzen oder einzelnen Tilen sowie von Knollen oder Zwiebeln,
  10. das Aufforsten oder Pflanzen von sonstigen Gehölzen,
  11. das Nachstellen, Fangen, Verletzen oder Töten von wildlebenden Tieren sowie das Wegnehmen, Zerstören oder Beschädigen der Entwicklungsformen wildlebender Tiere oder ihre Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten,
  12. den Einsatz von Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmitteln,
  13. das Umbrechen,
  14. das Lagern von Sachen im Gelände,
  15. das Anbringen von Bild- und Schrifttafeln,
  16. das Befahren des Schutzgebietes und das Abstellen von Fahrzeugen aller Art und
  17. das Zelten und lagern sowie das Anmachen von Feuer
- zuwiderhandelt.

- (2) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 6 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine mit der Genehmigung nach § 5 Abs. 2 dieser Verordnung verbundene vollziehbare Auflage nicht erfüllt.
- (3) Nach Art. 52 Abs. 2 Nr. 3 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu zehntausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich dem Verbot des § 3 Abs. 2 über das Reiten zuwiderhandelt. Bei Fahrlässigkeit beträgt die Geldbuße bis zu fünftausend Euro (Art. 52 Abs. 3 BayNatSchG).

## **§ 7 Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer amtlichen Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Bamberg in Kraft.

Otto Neukum  
Landrat, M. d. S.

